

Neuerschienene Praxisratgeber zum AusländerInnenrecht

Grundlagen für die Praxis vermitteln wollen zwei Themenhefte des Flüchtlingsrats Niedersachsen: „Das Leistungsrecht“ vermittelt einen aktuellen, umfassenden Überblick über Leistungsansprüche von Flüchtlingen ohne gesichertes Bleibe-

recht nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Zum Inhalt gehören Auslegungshinweise zum AsylbLG und BSHG, Hinweise zur Rechtsdurchsetzung bei Leistungsverweigerung, Musteranträge und eine aktuelle Rechtsprechungsübersicht.

„Ausländerrecht“ bietet eine aktuelle Einführung in die Grundzüge des AusländerInnenrechts mit den Schwerpunkten Staatsangehörigkeitsrecht, Aufenthaltstitel, Familiennachzug und Aufenthaltsbeendigung.

Zu beziehen über: Niedersächsischer Flüchtlingsrat e. V., Lessingstr.1, 31135 Hildesheim, je 15 DM plus Versandkosten.

gewaltfrei – utopisch – ungehorsam

Unter diesem Motto findet vom 23. Juli - 1. August zum dritten Mal das Sommercamp im Wendland bei Lüchow statt. Versprochen werden eine Woche Spaß und Diskussionen zu: Aktion und Gruppe, Widerstand und ziviler Ungehorsam, Lebensweise und Alternativen, Frauen und Männer, Gesellschaftskritik und Utopien, Gentechnik und das Leben. Veranstalter sind verschiedene lokale BürgerInneninitiativen. Infos bei: Kurve Wustrów, Kirchstraße 14, 29462 Wustrów, Tel. 05843/507, Fax 05843/1405.

Verknüpft ist das ganze mit der geGEN Tour 99, einer Fahrradtour für eine gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft, die am 22. Juli in Göttingen beginnt, um dann am 25. Juli im Sommercamp in Lüchow anzukommen. Unterwegs soll sowohl mit BetreiberInnen von an Freisetzungsversuchen beteiligten Betrieben als auch mit lokalen BürgerInneninitiativen diskutiert werden. Infos bei: Gen-ethisches Netzwerk e.V., Tel. 030/6858030, Fax 030/6841183, GenBerlin@aol.com.

Hitler verhindern

Das *Time Magazine* veranstaltet noch bis November im Internet die Wahl zum Mann des Jahrhunderts. Dies haben Neonazi-Gruppen zum Anlaß genommen, durch gezielte Mobilisierung in den eigenen Reihen Adolf Hitler an erste Stelle zu bringen. Zur Zeit liegt Elvis Presly auf Platz 1, dicht gefolgt von Hitler. Wer nicht möchte daß Hitler zum Mann des Jahrhunderts gewählt wird und damit auf dem Dezember-Cover des *Time Magazine* erscheint, sollte unter folgender Internetseite seine bzw. ihre Stimme abgeben: [http://cgi pathfinder.com/time/time100/poc/century.html](http://cgi.pathfinder.com/time/time100/poc/century.html).

Zukunft für die Menschenrechte

So lautet der Titel eines Themenheftes, das das *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* im Anschluß an einen Kongreß veröffentlicht hat, der im Dezember 1998 anläßlich des 50. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von amnesty international veranstaltet wurde. In den Beiträgen werden die Erfolge und die zukünftigen Aufgaben der Menschenrechtspolitik analysiert sowie die Rolle der internationalen Menschenrechtsbewegung und internationaler Nichtregierungsorganisationen beleuchtet. Dabei geht es insbesondere

um bilanzierende und analysierende Artikel zur aktuellen Menschenrechtslage, die Gefährdung von MenschenrechterInnen, das gespannte Verhältnis von Menschenrechtsbewegung und Wirtschaftskonzernen sowie um Menschenrechte und Medien. Außerdem werden die Menschenrechtssituation in der BRD und die Flüchtlings- und Asylpolitik der Bundesregierung unter die Lupe genommen. 134 Seiten, 25 DM, zu beziehen über: Markus Rohde, Dorotheenstraße 85, 53111 Bonn, Tel. 0228/691043, ma.rohde@t-online.de.

Anarchistisches Sommercamp IV

Dieses Jahr findet das Camp anläßlich der EXPO 2000 in der Nähe von Hannover vom 30. Juli - 8. August 1999 statt. Auch diesmal hängt die Gestaltung der Inhalte von den InteressentInnen ab. Deshalb sind AG-Vorschläge bei der Anmeldung erwünscht. Infos bei: @-Camp-Vorbereitungsgruppe, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, 38118 Braunschweig, Tel. 0531/82909, Fax 0531/896677, e-mail: a-camp@gmx.de.

Cilip Nr. 62

Die neueste Ausgabe hat als Schwerpunkt die Polizei des Bundes. Beschrieben wird im Heft das Bundeskriminalamt (BKA), der Bundesgrenzschutz sowie Zollfahndung und Zollkriminalamt. In den jeweiligen Artikeln werden die historische Entwicklung, der Aufbau der Behörden und deren veränderte Aufgabenbereiche aufgearbeitet. Insbesondere der Artikel über das BKA zeigt deutlich, wie – entgegen der eigentlichen Kompetenz der Länder für die Polizei – die Behörde kontinuierlich an Macht gewonnen hat. Das BKA wurde von einer Koordinationsstelle hin zu einer Bundespolizei mit eigenen Kompetenzen ausgebaut. Auch wird den Fragen nachgegangen, welcher Machtfaktor das BKA inzwischen geworden ist und wie sich die Europäisierung der Polizei für das Amt auswirkt.

Ergänzt wird der Schwerpunkt mit einem Artikel zum neuen Informationssystem des BKA und dessen Folgen für den Datenschutz, sowie der Vorbildfunktion des BKA für den Aufbau einer Schweizer Bundespolizei. Außerdem im Heft: Ein Artikel zum polizeilichen Schußwaffengebrauch, zur polizeilichen Ausbildung in Fachhochschulen und zu den Todesschüssen auf KurdInnen bei den Protesten am israelischen Konsulat in Berlin. Die neue Cilip kann bestellt werden unter: Bürgerrechte & Polizei, c/o FU Berlin, Malteserstraße 74-100, 12249 Berlin.



Für alle, die mit Polizei und Justiz zu tun haben...

Rolf Gössner, *Erste Rechts-Hilfe: Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten*, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1999, 383 Seiten, 39,80 DM.

„Im engmaschigen Netz der 'Inneren Sicherheit' kann sich so mancher verfangen, der kaum damit rechnet. Schnell kann man in unangenehme Konflikte geraten mit der Polizei, mit Geheimdiensten, mit dem Gesetz oder mit der Justiz. Politisch aktive Menschen, die sich oppositionell betätigen ohnehin.“ So beginnt das Vorwort des neuen Rechtshilfe-Handbuchs des Rechtsanwalts und Publizisten Rolf Gössner, der selbst seit langen Jahren unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes steht. Der nun vorgelegte Leitfaden ist der zur Zeit umfassendste Ratgeber für den Umgang mit der Staatsgewalt aus bürgerrechtlicher und staatskritischer Sicht und schließt damit eine seit längerem bestehende Lücke, die bisher mit Demo-Ratgebern und Rechtshilfebroschüren zu Einzelthemen nur unzureichend abgedeckt wurde, zumal die gängigen Schriften oft noch auf dem Stand der achtziger Jahre sind.

Das Buch wird eingeleitet durch einen Überblick über die Entwicklung der „Inneren Sicherheit“ in der Bundesrepublik, die nach Meinung des Autors in Richtung „autoritärer Sicherheitsstaat“ geht. Gössner gibt sich nicht der Illusion hin, unter rotgrün mehr als marginale Verbesserungen zu erwarten, da die neue Regierungskoalition auf ein wirkliches Umsteuern in der gesamten Politik der „Inneren Sicherheit“ verzichtet und statt dessen auf Kontinuität setzt. Den Schwerpunkt des Werkes bildet der Abschnitt Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit der Staatsgewalt, der sich in acht Kapitel zu den Bereichen Polizei, Geheimdienste, Justiz und Rechtsschutz, Datenschutz und parlamentarische Mittel/Plebiszite gliedert.

Ausführlich und übersichtlich werden zunächst polizeiliche Alltags- und Demonstrationseinsätze dargestellt. Das ganze staatliche Zwangsinstrumentarium von der Auskunftspflicht gegenüber der Polizei¹ bis zur ZeugInnenvernehmung² ist abgehandelt. Den LeserInnen wird die juristisch-politische Selbsthilfe nahe gebracht und die Erfolgsaussichten der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten werden kritisch bewertet. Anhand von Übersichten und Checklisten bietet das Buch rasche Hilfe im konkreten Einzelfall. Zum Thema Datenschutz sind Musteranträge und -briefe abgedruckt, Vorlagen fehlen allerdings im Bereich

des Demonstrationsrechts und für Widersprüche und Beschwerden gegen Zwangsmaßnahmen. Neben altbewährten Rechtshilferezepten werden auch so exotische Gegenmaßnahmen aufgeführt, wie der Hinweis auf die „Anti-Lausch-Tapete“ der „Marburger Tapetenfabrik“ in Kirchhain zu 16,40 DM pro qm.³

Ein Kritikpunkt bildet die Gewichtung der einzelnen Themen, da z. B. das Ordnungswidrigkeiten- und das strafrechtliche Ermittlungsverfahren samt Strafbefehl auf fünf mageren Seiten⁴ abgehandelt wird (Zwangsmaßnahmen, wie z. B. Durchsuchungen werden allerdings ausführlich an anderer Stelle erörtert), während weniger relevante Themen mehr Raum beanspruchen. Hier schleichen sich Fehler ein, wenn beispielsweise der Autor zum Einspruch gegen Bußgeldbescheide rät und behauptet, dies sei für den Betroffenen risikolos⁵. Das Gericht kann entgegen Gössner in der Hauptverhandlung von der im Bußgeldbescheid getroffenen Entscheidung zum Nachteil des Betroffenen abweichen. Sogar der Übergang vom Bußgeld- ins Strafverfahren ist möglich⁶. Gleichfalls fehlt der Hinweis⁷, daß beim Einspruch gegen den Strafbefehl das Risiko einer schärferen Bestrafung besteht⁸.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Autor aus allen bürgerrechtlich relevanten Bereichen Materialien und Informationen zusammengetragen hat, die konkrete Rechtshilfe im Einzelfall erlauben, zugleich aber auch durch Hintergrundberichte eine kritische Einschätzung der einzelnen Maßnahme im politischen Gesamtzusammenhang ermöglichen. Insofern ist das Buch mehr als ein einfacher Ratgeber, nämlich ein Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß viele Kapitel auf schon veröffentlichten Beiträgen und Aufsätzen des Autors aufbauen.

Den Abschluß des Bandes bildet ein ausführlicher Anhang mit Informationen und Adressen zu Bürgerrechts- und Anti-Repressionsgruppen und ein Sachverzeichnis. Nützlich ist die Kurzbeschreibung der einzelnen Gruppen. Negativ ist anzumerken, daß nicht alle angegebenen Adressen (z. B. von *Forum Recht* und BAKJ) auf dem aktuellen Stand sind, andere, wie z. B. das europäische Bürgerrechtsnetzwerk Inter Citizen Conference (ICC) mit Büro in Berlin, fehlen völlig. Trotz der Verwen-

dung vieler fachspezifischer Abkürzungen (wie z. B. VersG, StuG, MDR, VE und NoePs) gibt es kein Abkürzungsverzeichnis. Die nicht ganz billige Anschaffung – Kostenpunkt 39,80 DM – wird durch den umfangreichen Inhalt gerechtfertigt.

Trotz der angemerkten Kritik kann der Ratgeber allen Bürgerrechts-, Anti-Repressionsgruppen, Betroffenen und Interessierten nur wärmstens empfohlen werden, da er aufgrund der Aktualität und der Spannweite der abgedeckten Themen ein unverzichtbares Hilfsmittel im Kampf gegen die Staatsgewalt darstellt, um die links-alternative Gegenwehr zu stärken und Handlungsspielräume zurückzugewinnen.

Stefan Soost, Berlin.

Anmerkungen:

- 1 Seite 59.
- 2 Seite 106.
- 3 Seite 187.
- 4 Seiten 243–247.
- 5 Vgl. S. 244f.
- 6 § 81 Abs. 1 OWiG.
- 7 S. 246f.
- 8 § 411 Abs. 4 stpp.

Sammel- surium

